

Quelle: Die Zeit Wissen

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Analyse

Sorge um die Vorsorge

Mit Vorbeugung kann man Krankheiten verhindern. Dank eines neuen Gesetzes soll es bald viel Geld dafür geben. Schade, dass es vielleicht für das Falsche ausgegeben wird.

Christian Heinrich

Zwei Zahlen demonstrieren eindrucksvoll das Potenzial der Vorsorge in Deutschland: 1983 hatten 98 Prozent aller Zwölfjährigen Karies, 2006 waren es nur noch 30 Prozent. Heute dürfte die Zahl noch niedriger sein.

Grund für die positive Entwicklung ist neben der Fissurenversiegelungen, die schlecht zugängliche Zahnflächen schützen, und fluoridiertem Speisesalz vor allem eine verbesserte Mundhygiene dank spezieller Zahnpflege-Schulungen im Kleinkindalter - dank Prävention also.

Dabei geht es weniger darum, Erkrankungen früh zu erkennen (siehe Beispiele rechts unten), echte Prävention setzt einen Schritt früher an und versucht, Krankheiten zuvorzukommen. Impfungen etwa schützen vor Masern und Tetanus, Kurse zur Stärkung der Muskulatur beugen Rückenschmerzen vor, vollwertiges Essen in Kantinen wirkt Übergewicht entgegen. Mit relativ einfachen Mitteln lässt sich so das Krankheitsrisiko von Millionen Menschen senken.

Auf den ersten Blick ist es daher gut, dass die Vorsorge nun einen verlässlichen Rahmen bekommen soll. Die Regierung will die Prävention gesetzlich regeln, wahrscheinlich noch in diesem Frühjahr. Es wäre die ideale Chance, den Wildwuchs an Maßnahmen einzuhegen. Denn mit kostenlosen Yogakursen, Rückenschulungen und sogar Gesundheitsreisen versuchen die Krankenkassen vor allem, sich gegenseitig Mitglieder abzuwerben. Dabei weiß niemand, welche Methoden überhaupt nutzen - oder sogar schaden.

Studien über die Wirkung von Präventionsmaßnahmen gibt es kaum.

Dank des neuen Gesetzes wird es bald eine Menge Geld für die Prävention geben: Jeder Versicherte soll dafür von 2014 an einen Beitrag von jährlich sechs Euro leisten. Mit den Einnahmen könnten bisherige und künftige Präventionsangebote auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Doch davon steht kaum etwas im Gesetzentwurf. Im Gegenteil: Mindestens die Hälfte der Einnahmen soll die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) erhalten - dort aber gibt es kaum Statistiker und Experten für Wirksamkeitsanalysen.

Die BZgA ist, und das kann im richtigen Zusammenhang durchaus als Kompliment verstanden werden, eine Kampagnenschmiede. Bevor sie jetzt jedoch viel Geld für Werbemaßnahmen ausgibt, um im Schrotschussverfahren möglichst viel Wissen zu verbreiten, sollten Experten erst einmal im Detail evaluieren, was wirklich effektiv ist - welche Faktoren einen Rücken- oder Yogakurs wirksam machen oder unter welchen Bedingungen eine Kur vor Krankheiten schützt. Nur wer die Antworten kennt, kann Angebote gezielt verbessern, Erfolgsgeschichten wie die der Kariesprophylaxe wiederholen und unseriöse Angebote verhindern. Natürlich würde das Geld für diese Evaluationen anfangs bei der Prävention fehlen, aber es würde sich später zehnfach auszahlen.

Langfristig würde sich eine kritische Analyse der eigenen Angebote sogar für die Krankenkassen rentieren:

Wenn sie belegen könnten, dass ein bestimmter Kurs das Risiko von Rückenschmerzen um 60 Prozent senkt, ließe sich damit noch besser werben.

Quelle: Die Zeit Wissen

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Der Gesetzentwurf ist aber noch aus einem anderen Grund unausgereift. Immer wieder wird darin die Eigenverantwortung des Einzelnen betont, die sich besonders bei Arztbesuchen fördern lasse.

Wer jedoch zum Arzt geht, der achtet meist ohnehin auf seine Gesundheit. Deshalb nutzen viele Präventionsmaßnahmen vor allem denen, die schon gesund leben und sich informieren - sie werden einfach noch gesünder. Auch eine großflächige gesundheitliche Aufklärung erreicht nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen. Sozial schlechtergestellte Menschen sind dafür erfahrungsgemäß weniger empfänglich, dementsprechend geringer dürfte hier der Erfolg der Präventionsaktionen sein.

Wenn die Gesundheitspolitik Krankheiten wirklich zuvorkommen will, muss sie viel früher ansetzen:

Sie muss bessere Lebens- und Umweltbedingungen schaffen, etwa durch autofreie Tage in den Städten, durch gesündere Mahlzeiten in den Schulen und durch gesetzlich festgelegte Obergrenzen der Arbeitszeit.

Das würde allen nutzen.

Noch ist das Gesetz nicht verabschiedet. Im Moment liegt der Entwurf medizinischen Fachgesellschaften und Verbänden vor, die Anregungen äußern können. Falls sie keine Verbesserungen erwirken, bleibt nur zu hoffen, dass die Ständige Präventionskonferenz, die mit dem Gesetz geschaffen werden soll, den Kurs bei der Vorsorge korrigiert - hin zu wissenschaftlicher Evidenz und Maßnahmen, von denen mehr Menschen profitieren. --

Kasten:

Vorsorge tut gut - aber nicht jedem Kariesprophylaxe In Zahnarztpraxen und Schulen werden hierzulande schon Kleinkinder in der richtigen Zahnpflege geschult.

Die Wirkung kann sich sehen lassen: Die Kariesrate unter den Zwölfjährigen ist seit Beginn der achtziger Jahre von 98 Prozent auf unter 30 Prozent gesunken.

Darmspiegelung Ab einem Alter von 55 Jahren zahlen die Krankenkassen eine Darmspiegelung auch bei Menschen, die kein besonderes Darmkrebsrisiko haben. Mit der Spiegelung lässt sich Darmkrebs recht sicher diagnostizieren. Kritiker weisen jedoch auf Nebenwirkungen hin.

Impfung Prävention in Idealform:

Impfungen verhindern, dass Menschen überhaupt erkranken. Eine hohe Impfquote in der Bevölkerung bietet auch Schutz für jene, die selbst nicht geimpft sind. Dank Impfungen wurden schon die Pocken ausgerottet, die Masern sollen folgen.

Brustkrebsscreening Mit Screening sterben von 1000 Frauen innerhalb von zehn Jahren sechs an Brustkrebs, ohne sind es acht. Dieser Erfolg wird für etwa fünf von 100 Frauen teuer erkaufte: Sie müssen sich wegen falscher Befunde potenziell schädlichen weiteren Untersuchungen unterziehen.

Kasten:

Glossar Prävention Sie soll das Auftreten von Krankheiten verhindern (Primärprävention), etwa durch Impfen und Aufklärung über gesunde Verhaltensweisen.

Von Sekundärprävention spricht man bei der Früherkennung von Krankheiten, und mit Tertiärprävention ist die Vermeidung von Rückfällen gemeint.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Die Behörde, die dem Bundesgesundheitsministerium



Quelle: Die Zeit Wissen

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

unterstellt ist, soll die Bürger über gesundheitsförderliches Verhalten informieren, etwa mit TV- und Plakatkampagnen.

Schwerpunkte sind unter anderem Aids-Prävention und Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen.

Ständige Präventionskonferenz Laut Gesetzentwurf sollen künftig Vertreter der beteiligten Institutionen regelmäßig unter dem Dach des Bundesgesundheitsministeriums zusammenkommen und alle vier Jahre über die Umsetzung der Präventionsziele berichten.

Bildunterschrift:

Auch gesundes Essen ist Prävention. Die richtigen Maßnahmen bringen viel Gesundheit für wenig Geld.